

Berlin – Stadt des Aufstiegs



Klaus Wowereit



Raed Saleh



Jan Stöß

Städtischen und individuellen Aufstieg verknüpfen

Berlin steht im dritten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung vor der Herausforderung, den sozialen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Aufstieg zu gestalten. Die 1990er Jahre waren geprägt von der Wiederherstellung der inneren Einheit der Stadt, aber auch von Irrwegen einer zu optimistischen Metropolenpolitik, neoliberalen Politikansätzen und einem harten wirtschaftlichen Strukturwandel, der viele Arbeitsplätze kostete.

Klaus Wowereit hat seit 2001 in unserer Stadt einen Mentalitätswechsel eingeleitet. Unter seiner Führung wurde der Verschuldungspolitik ein Ende gesetzt und der Haushalt nachhaltig saniert. Die Wissenschaftslandschaft unserer Stadt wurde gestärkt und die Re-Industrialisierung eingeleitet. Mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit an der Spitze hat sich Berlin zu einer vibrierenden, weltoffenen und toleranten Metropole gewandelt. Hier entstehen in einem Klima der Kreativität und Innovation neue Ideen. Davon profitiert die Stadt seit Mitte der 2000er-Jahre: Die Wirtschaft wächst stärker als in den anderen Bundesländern, neue Arbeitsplätze entstehen und viele Menschen kommen zum Leben und Arbeiten in unsere Stadt: Wir freuen uns, dass Berlins Bevölkerung bis Ende des nächsten Jahrzehnts in der Größenordnung eines Berliner Bezirks wachsen wird.

Es gibt Motoren für den Aufstieg unserer Stadt: Der starke Tourismus hat Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich auch für gering Qualifizierte geschaffen. Eine vielfältige und spannende Kultur zeichnet unsere Stadt aus. Berlin ist in allen Bereichen ein erfolgreicher Standort für Gesundheit, von der Forschung bis zur Behandlung. Die Industrie ist wieder ein verlässlicher und stabiler Faktor für die Wirtschaft unserer Stadt. Unsere breite Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist ein Standortvorteil, der nicht nur viele Studierende, sondern auch Unternehmen anzieht. Dieses Profil Berlins wollen wir weiter schärfen und ausbauen. Berlin setzt auf seine Stärken.

Wir lehnen uns bei allen Erfolgen nicht zufrieden zurück, denn bisher haben noch nicht alle teil am Aufstieg unserer Stadt. Vom wirtschaftlichen Aufschwung Berlins profitieren in erster Linie gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele langzeitarbeitslose Berlinerinnen und Berliner finden trotz höherem Arbeitsplatzangebot noch immer keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Zu viele jüngere Bürgerinnen und Bürger glauben nicht an den eigenen sozialen Aufstieg. Die Berliner Sozialdemokratie will daher den Pfad zum sozialen Aufstieg verbreitern und neuen Aufstiegswillen wecken. Wir haben in der Bildungspolitik in den letzten Jahren zwar große Fortschritte erzielt, doch darf uns zum Beispiel die hohe Zahl an Schulabbrechern nicht ruhen lassen.

Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland zeigt sich auch in den Berliner Stadtteilen: Diejenigen, denen es besser geht, wohnen in den attraktiven Wohnlagen und können sich steigende Mieten für schöne Wohnungen leisten – andere sind immer häufiger gezwungen, aus Kostengründen ihre gewohnte Umgebung zu verlassen. Diese Entwicklung darf und kann die Berliner SPD nicht ruhen lassen. Wir werden mit gezielten politischen Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Unsere Aufgabe für dieses Jahrzehnt ist es, die Dynamik der letzten Jahre für einen nachhaltigen Aufstieg Berlins zu nutzen und ein Auseinanderdriften unserer Stadt zu verhindern. Die wirtschaftliche Erholung Berlins darf nicht in Verdrängung und soziale Spaltung münden, sondern soll zu individuellen Aufstiegserfolgen führen: zu besseren Bildungserfolgen, sicheren, gut bezahlten Jobs und steigender Kaufkraft.

Die SPD trägt für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt eine besondere Verantwortung. Nach den Wahlen haben wir uns als SPD im Senat, in Fraktion und Landespartei in weiten Teilen neu aufgestellt. Natürlich gab es dabei Reibungen, aber auch einen lebendigen Gestaltungsanspruch. Wir haben uns verjüngt und sind vielseitiger geworden. 2012 war für uns kein leichtes Jahr. Mit der Verschiebung der Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER, dem CDU-seitigen Verlust zweier Senatoren und der NSU-Affäre ist Vertrauen verloren gegangen.

Gleichwohl haben wir im ersten Jahr der SPD-geführten Koalition mit der CDU viel für die Berlinerinnen und Berliner und den weiteren Aufstieg unserer Stadt erreicht: Mit einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik schaffen wir nachhaltig Wachstum und Arbeitsplätze. Mit einer neuen Liegenschaftspolitik tragen wir dazu bei, mit landeseigenen Flächen eine hohe Stadttrendite zu erzielen. Unsere Mietenpolitik zielt darauf ab, dass Wohnen auch für Bürgerinnen und Bürger mit geringem und mittlerem Einkommen bezahlbar bleibt. Mit unserem Kita-Ausbau-Programm, der Schließung der Hortlücke für Fünft- und Secht-Klässler und der Schwerpunktsetzung im Bereich der Schulsanierung sorgen wir vom Vorschulalter an für gute Bildung und für eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Rückkauf der RWE-Anteile der Berliner Wasserbetriebe und der Teilnahme von Berlin Energie am Wettbewerbsverfahren für die Stromnetzkoncessionen haben wir die Berliner Daseinsvorsorge gestärkt. Wir wollen mit einem stärkeren Engagement die Energiewende vorantreiben, Wirtschaftskraft in der Stadt ausbauen und Einnahmen für den Landeshaushalt generieren. Die zentralen Impulse für die Gestaltung unserer Stadt hat damit im vergangenen Regierungsjahr die Berliner Sozialdemokratie gesetzt! Auch auf Bundesebene hat die Berliner SPD vor allem in der Sozialpolitik wichtige inhaltliche Anstöße geliefert.

Dennoch bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Partei, Fraktion und Senat in den nächsten Jahren noch Vieles zu tun. Es muss uns gelingen, die steigende Attraktivität und Beliebtheit Berlins in nachhaltige Wertschöpfung umzusetzen und dabei gleichzeitig auch mehr individuellen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Im Aufstieg darf das, was Berlin auszeichnet, nicht verloren gehen: unsere Kreativität, Offenheit und Vielseitigkeit. Die zentrale Frage unseres Jahrzehnts lautet: Wird Berlin zu einer teuren Bühne, hinter der sich soziale Spaltung verbirgt und der wirtschaftliche Abstand wieder wächst? Oder schaffen wir es, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Substanz der Stadt auszubauen? Auf diese Frage brauchen wir sozialdemokratische Antworten. Im dritten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung der Stadt bleibt noch viel zu tun. Für den Aufstieg Berlins wird die SPD in Senat, Fraktion und Partei mit aller Kraft und Gestaltungsmacht weiter hart arbeiten!

I. Heimat für alle in einer Metropole von Welt

Berlins Aufstieg zur Weltmetropole verändert unsere Stadt. Wir werden internationaler, bunter, vielseitiger und schneller. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen eine Politik, die nicht in Angst vor Neuem und in schwarzem oder grünem Konservatismus erstarrt, sondern mutig Zukunftschancen ergreift und damit auch den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt stärkt. Wir freuen uns über die 40.000 Menschen, um die Berlin allein im letzten Jahr gewachsen ist und heißen alle Neuberlinerinnen und -berliner herzlich willkommen. Berlins Anziehungskraft und Stärke leben von Offenheit und Toleranz. Gleich, ob geborener Berliner oder Zugezogener, Deutscher oder Nichtdeutscher, Christ, Muslim, Jude oder Atheist, arm oder reich, jung oder alt, homo oder hetero – Berlin bietet allen eine Heimat. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz dürfen in unserer Stadt keinen Raum einnehmen! Dafür werden wir uns auch in Zukunft Tag für Tag einsetzen! Berlins Bevölkerung wird bis 2030 voraussichtlich auf 3,75 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner steigen. Wir begreifen dieses Wachstum um die Größenordnung einer mittleren Großstadt als Chance und freuen uns über Initiativen und Investitionen, die unsere Stadt voran bringen.

- Der Aufstieg Berlins, steigende Bevölkerungszahlen, die Immobilienspekulation aufgrund der Eurokrise und der Trend zu Single- und Zweitwohnungen üben enormen Druck auf den Berliner Wohnungsmarkt aus. Lange waren niedrige Mieten ein Standortvorteil für Berlin. Steigen die Mieten jedoch schneller als die Einkommen, sind negative Nachfrageeffekte und ein Abflauen der Fachkräftezuwanderung absehbar. In der Folge würde Berlin nicht nur an Attraktivität, sondern auch an wirtschaftlicher Dynamik einbüßen. Für uns ist daher die Mieten- und Wohnungspolitik eine Kernaufgabe dieses Jahrzehnts. Berlin muss bezahlbar bleiben, dafür werden wir arbeiten. Mit dem **Mietenbündnis** hat der Senat erste wichtige Schritte unternommen. Es sieht für die landeseigenen Wohnungen eine Begrenzung der Nettokaltmiete auf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens und Härtefallregelungen vor. Mieterhöhungen sind maximal um 15 Prozent in vier Jahren möglich.
- Wir fordern auch auf Bundesebene ein **soziales Mietrecht** mit vergleichbaren Maßnahmen, wie sie im Berliner Mietenbündnis beschlossen wurden – damit auch für Mieterinnen und Mieter nicht-öffentlicher Wohnungen faire Regeln gelten. Eigentümer dürfen auch nach der Mietrechtsnovelle der schwarz-gelben Bundesregierung die Wohnmiete innerhalb von drei Jahren um 15 Prozent erhöhen, dies ermöglicht eine Verdopplung der Miete innerhalb von 15 Jahren. Um einer solchen Kostenzunahme entgegen zu treten, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Miete künftig nur noch um 15 Prozent in vier statt drei Jahren erhöht werden darf. Bei Neuvermietungen treten wir dafür ein, dass die Miete maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete sollen zukünftig alle Mietverhältnisse der vergangenen zehn Jahre erfasst werden. Die Bundestagswahl wird zur Richtungswahl in der Mietenfrage.
- Über ein **Zweckentfremdungsverbot** werden wir ab dem ersten Quartal 2013 die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen in angespannten Wohnlagen verhindern.
- Wir sind uns der Verantwortung für den Landeshaushalt und der Erfahrungen aus der alten Wohnungsbauförderung bewusst. Wir sagen ehrlich, dass wir nur begrenzte Instrumente im Landesrecht und Mittel für eine Minderung der Mietentwicklung zur Verfügung haben. Gleichwohl schöpfen wir alle rechtlichen Möglichkeiten für eine Begrenzung von Mietsteigerungen aus. Wir werden dazu auch bei der Fortschreibung des **Mietspiegels** rechtssicher vorgehen und Schlupflöcher vermeiden.

- Angesichts der rasant wachsenden Bevölkerungszahlen wird das vom Senat angestrebte Ziel, bis 2016 30.000 neue Wohnungen zu bauen, kaum ausreichen. Berlin braucht deutlich mehr Wohnungsneubau. Der Neubau von Wohnungen wird zwar abstrakt gewünscht, aber vor Ort fast immer abgelehnt. Für uns ist klar: Wohnungsbau findet immer in der Nachbarschaft statt. Wir bekennen uns zu einer behutsamen aber wirkungsvollen **Verdichtung** von Wohnlagen. Unser Ziel ist die durchmischte Stadt, dazu streben wir mehr Geschosswohnungsbau im einfachen und mittleren Bereich und weiterhin die Umsetzung des Planwerks Innere Stadt an. Wir werden für die großen Freiflächen Tegel und Tempelhof prüfen, ob in den bisherigen Planungen der Wohnungsbau hinreichend priorisiert wurde.
- Ein zentraler Ansatz für mehr Wohnraum und einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt liegt in einer **Expansionsstrategie** der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Berlins sechs Wohnungsbaugesellschaften müssen nachweisen, dass sie den Herausforderungen des wachsenden Berliner Wohnungsmarktes gerecht werden. Sie stehen in der Verantwortung zum Neubau. Wir streben eine Zahl von mindestens 340.000 Wohnungen in Landesbesitz primär durch Neubau bis Ende 2020 an. Sind die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht in der Lage, dieser Herausforderung nachzukommen, werden wir den Bestand an öffentlichen Wohnungen restrukturieren.
- Viele private Wohnungsbauvorhaben stocken wegen zu langer Bearbeitungszeiten in den Bezirken bei **Baugenehmigungen**. Wir wollen deshalb, dass der Senat mit den Bezirken für mehr Baugenehmigungen **Zielvereinbarungen** abschließt, für deren Erfüllung die Bezirke notwendige Ressourcen als Anreize erhalten.
- Um den Wohnungsbau stärker zu beschleunigen und dem gesamtstädtischen Interesse an mehr Wohnungen Rechnung zu tragen, wird der Senat **Bebauungsplanverfahren** mit einer Zahl von über 500 Wohneinheiten grundsätzlich an sich ziehen.
- Wir streben die Einführung von Leitlinien zur „**Sozialgerechten Bodennutzung**“ im Land Berlin an. Beim Ausbau unserer Infrastruktur sind in einer wachsenden Stadt alle gefragt: die privaten Investoren und die öffentliche Hand. Bei der Schaffung neuen Baurechts treten große Wertsteigerungen für Investoren ein. Mit der „Sozialgerechten Bodennutzung“ nehmen wir auch die privaten Investoren für das Wachstum unserer Stadt in die Verantwortung. Wir wollen bis zu zwei Drittel der Wertsteigerungen, die sich aus der Schaffung neuen Baurechts ergeben, im Rahmen städtebaulicher Verträge für naheliegende öffentliche Zwecke verwenden. Dazu können etwa die Verkehrs- oder soziale Infrastruktur, aber auch die rechtssichere Vorgabe der Schaffung von preisgebundenen Mietwohnungen gehören. Durch die Erarbeitung und Festlegung von Grundsätzen zur „Sozialgerechten Bodennutzung“ ergeben sich für Investoren transparente und berechenbare Rahmenbedingungen.
- Wir setzen eine neue **Liegenschaftspolitik** um. Sie stellt die Abkehr von der bisherigen Verkaufsmaxime hin zu einer stärkeren Berücksichtigung wohnungspolitischer und stadtentwicklungspolitischer Ziele dar. Stärker als bisher werden dazu konzeptbezogene Vergaben mit Mindestpreis, Erbbaupacht und Pacht sowie Zwischennutzungen angewendet werden. Dazu soll eine Portfolioanalyse Grundstücke mit stadtstrategischer Bedeutung von zu veräußernden Grundstücken trennen. Wir verabschieden ein Gesetz, das auch die Grundstücke der kommunalen Unternehmen mit einbezieht. Der Erhalt der Prinzessinnengärten am Moritzplatz ist ein erstes gutes Beispiel für unsere neue Liegenschaftspolitik.

- Neben dem Flughafen Tegel ist das **Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof** eine der größten und spannendsten innerstädtischen Flächen. Berlin verfügt hier über ein stadtentwicklungspolitisch einmaliges Potential. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Tempelhof ein Quartier entsteht, das die klassische Berliner Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit neu interpretiert und eine hohe Lebensqualität sichert. Der dringend notwendige Neubau der **Zentral- und Landesbibliothek als innovativer Lernort und digitales Zentrum** stellt für das Gebiet eine wichtige Ankerinvestition dar. Bei einer sehr großen Anzahl von Bauprojekten der öffentlichen Hand kommt es zu erheblichen Kostensteigerungen. Wir finden uns mit diesem Umstand nicht ab und werden daran arbeiten, dass die Erfahrungen mit den Kostensteigerungen abgeschlossener Projekte auf neue Projekte angewendet und in den Haushaltsansätzen abgebildet werden.

II. Starke Wirtschaft und solide Finanzen

Wirtschaftlich steigt Berlin seit 2005 in großen Schritten auf. Kein Bundesland hat seitdem ein stärkeres Wachstum erzielt, kein Bundesland mehr neue Jobs geschaffen. Die konsequente Konzentration der Berliner Wirtschaftspolitik auf strategische Zukunftsfelder wie die Gesundheitswirtschaft, die Elektromobilität oder die Kreativwirtschaft zahlt sich aus. Auch finanzpolitisch verschafft uns der Aufschwung Handlungsspielräume. Ein Prozent Wachstum führt zu rund 100 Mio. Mehreinnahmen im Landeshaushalt. So konnten wir die bisherigen Mehrkosten für den Flughafen BER nicht nur ohne neue Schulden tragen, sondern haben sogar eine Tilgung in Höhe von 300 Mio. Euro geleistet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit unserer Politik die wirtschaftliche und finanzielle Basis und die Infrastruktur unserer Hauptstadt weiter stärken.

- **Zukunftsorte** wie Adlershof, Buch, Oberschöneweide, der Campus Charlottenburg, das Dahlemer Technologiezentrum Südwest und andere stehen für große Chancen in innovativen Schlüsselindustrien. Wir wirken darauf hin, diesen Quartieren klarere Profile zu geben, um sie sichtbarer zu machen und Wachstumspotentiale zu heben.
- Insbesondere die **Nachnutzung des Flughafens Tegel als Standort für Urban Technologies** bietet Berlin herausragende Chancen. Wichtig ist, zentrale Ankerinvestoren für das Gelände zu gewinnen. Der geplante Umzug von Teilen der Beuth-Hochschule ist ein erster wichtiger Schritt im Forschungsbereich, Teile der Technischen Universität könnten den neuen Campus sinnvoll ergänzen. Als Investoren gefragt sind auch Unternehmen, die im Bereich der Urban Technologies tätig sind. Um Tegel zu einem „zweiten Adlershof“ werden zu lassen, setzen wir uns zudem für eine angemessene **Berücksichtigung in der Investitionsplanung** ein.
- Zusammen mit den Zukunftsorten wollen wir die industrielle Entwicklung Berlins weiter voranbringen. Beschäftigung, Produktion und Exporte steigen – Berliner Produkte sind weltweit gefragt. Um den guten Trend zu verstetigen, werden wir unsere **aktive Industriepolitik** gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften fortsetzen. Mit dem ressortübergreifenden **Steuerungskreis Industriepolitik** beim Regierenden Bürgermeister und dem **Masterplan Industriestadt Berlin** haben wir uns auf den Weg gemacht, innovative Industrien zu stärken und mehr industrielle Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.

- Diesen Weg werden wir gemeinsam konsequent weitergehen und unsere **internationalen Wirtschaftsbeziehungen** – insbesondere zu den dynamischen Wirtschaftsräumen in Mittel- und Osteuropa, Asien und im nahen Osten – ausbauen. Wir wollen den Blick nach Osten lenken. Mit Polen liegt die dynamischste Volkswirtschaft Europas nur 80 Kilometer von Berlin entfernt. Berlin sollte auch um polnische Investitionen werben. Wir werden in Kooperation mit starken Partnern durch **Berliner Auslandsbüros** in Osteuropa und weiteren attraktiven Wirtschaftsräumen die Außenwirtschaft Berlins stärken, um Investitionen werben und beim Aufbau von Geschäftskontakten helfen.
- Mit der beschlossenen Verlängerung der **A 100** werden wir die Innenstadt entlasten. Mit dem Lückenschluss der **Tangentialverbindung Ost** werden wir Anwohnerinnen und Anwohner entlasten und die wichtigste Nord-Süd-Verkehrsachse im Ostteil der Stadt vollenden. Zudem fordern wir vom Bund den Ausbau der **A 13 und A 15** von Schönefeld über Cottbus nach Forst, um den neuen Flughafen „Willy Brandt“ auch künftig nach Südosten gut anzubinden. Gegenüber dem Bund und der Bahn setzen wir uns für die Modernisierung der bestehenden **Schiene von Berlin nach Polen** ein. Wir wollen, dass man Stettin und weitere polnische Ballungszentren, schneller erreichen kann, weil das zu herausragenden wirtschaftlichen Vorteilen auf beiden Seiten der Grenze führt.
- Als Stadt der Kreativität, der Informations- und Kommunikationstechnologie und der digitalen Wirtschaft bedeutet eine moderne städtische Infrastruktur für Berlin auch **leistungsfähige Netze**. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern darauf achten, dass die in Berlin verfügbaren mobilen und nichtmobilen Bandbreiten auch künftig den modernen Anforderungen entsprechen.
- Neben der Industrie bietet die Digitale Wirtschaft Berlin riesige Chancen. In der ganzen Stadt entstehen **Start Ups** mit innovativen Geschäftsideen. Wir werden Berlin als Hauptstadt der Digitalen Wirtschaft etablieren und Start Ups von der Vorgründungsphase bis zur Betriebserweiterung engagiert begleiten. Wir wollen eine **Start-Up-Messe** anregen, auf der vielversprechende Neugründungen und Gründungsideen mit Investoren zusammengebracht werden. Wir werden die Vermarktung, die Investitionssummen und die Ausgestaltung der **Wagniskapitalfonds** für Technologie- und Kreativgründungen der IBB Beteiligungsgesellschaft evaluieren und streben dabei eine Erhöhung des Kapitalvolumens der Förderprogramme an.
- Mit der engeren **Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum** senden wir ein einmaliges wissenschaftspolitisches Signal aus. Wir schaffen einen neuen Forschungsverbund, der den **Gesundheitsstandort Berlin** international noch bekannter machen wird. Diese Leuchttürme brauchen wir, um auch die unternehmerische Forschung und die Entwicklung neuer Produkte am Standort Berlin weiter zu stärken.
- Im **Energiebereich**, vor allem beim Thema Strom, wird das Land Berlin mehr Verantwortung und wirtschaftlichen Einfluss übernehmen. Wir beteiligen uns mit dem landeseigenen Unternehmen **Berlin Energie** am Konzessionsverfahren für die Berliner Stromnetze, stattdessen Berlin Energie wettbewerbsfähig aus und wollen diese Bewerbung zum Erfolg führen. Mit der Neugründung von **Berliner Stadtwerken** produzieren und vertreiben wir Strom aus erneuerbaren Energien am Berliner Markt. Als Brückentechnologie setzen wir auf hocheffiziente KWK-Blockheizkraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplung). Zunächst werden wir schon bestehende Produktionskapazitäten in Landeshand zusammenfassen und von dieser Grund-

lage aus expandieren. Die Stadtwerke werden so aufgestellt, dass sie wirtschaftlich arbeiten.

- Wir richten die **öffentlichen Unternehmen** konsequent am Gemeinwohl aus. Zum Teil reicht das Selbstverständnis der in Aufsichtsräten und Vorständen befindlichen Vertreter über die betriebswirtschaftliche Kompetenz weit hinaus. Eine nicht an den Interessen des Eigentümers Land Berlin ausgerichtete Unternehmenskultur werden wir nicht akzeptieren.
- Wir haben im Jahr 2012 einen Überschuss im Landeshaushalt erzielt. Durch die Schuldenbremse, den auslaufenden Solidarpakt II und Zinsrisiken besteht aber noch ein hoher Konsolidierungsbedarf. Deshalb ist unser politisches Handeln darauf ausgelegt, Einnahmen zu erhöhen und nur minimale Ausgabensteigerungen in Höhe von etwa 0,3 Prozent zuzulassen. Unser Weg der nachhaltigen **Haushaltskonsolidierung** ist ein Markenzeichen der SPD-Landespolitik und wird fortgeführt.
- Gerade in Zeiten der knapper werdenden Kassen wenden wir uns gegen **Public-Private-Partnerships** als Mittel der Haushaltskonsolidierung. Bei diesen Kooperationsmodellen der öffentlichen Hand mit Privatunternehmen werden Risiken und Chancen oft verwischt und zu oft Arbeitnehmerinteressen unterlaufen. Zudem geht, wenn die Projekte aus kurzfristigen finanziellen Interessen verwirklicht werden, die politische Steuerbarkeit verloren und langfristig werden über die sinkende Qualität der erbrachten Leistungen die Kosten für das Land Berlin gesteigert. Wir sehen die Flucht ins Privatrecht, also die Erbringung staatlicher Leistungen in privaten Rechtsformen, kritisch und werden sie dort, wo sie schädlich wirkt, Schritt für Schritt zurückführen. Ideen, sogar hoheitliche Aufgaben wie den Strafvollzug privat zu organisieren, wie es im Zusammenhang mit der neuen JVA Heidering diskutiert wurde, lehnen wir ab.
- Der Kernbestand an öffentlicher Daseinsvorsorge muss auch unter dem Druck des noch vor uns liegenden Konsolidierungspfades geschützt werden. Deshalb sprechen wir uns für eine klar und rechtssicher formulierte **Privatisierungsbremse** in der Berliner Landesverfassung aus. Wir wollen sicherstellen, dass die landeseigenen Gesellschaften im Bereich Müllentsorgung, Wasserversorgung, der ÖPNV, die bestehenden öffentlichen Krankenhäuser, Stadtwerke und die landeseigenen Wohnungsbauunternehmen nur mit Zustimmung der Berlinerinnen und Berliner an private Eigentümer veräußert werden können. Dazu treten wir mit allen Fraktionen in den Dialog.
- Seit der Wiedervereinigung wurde der öffentliche Dienst des Landes Berlin erheblich reduziert. Am Ende dieser Legislaturperiode ist das Ziel erreicht: 100.000 Stellen für Berlin, davon 20.000 bei den Bezirken und 80.000 bei den Senatsverwaltungen und den nachgeordneten Einrichtungen. Die lange Phase des Personalabbaus hat eine echte Personalentwicklung erschwert. Die demographische Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes führt zu einem enormen Einstellungsbedarf im laufenden Jahrzehnt. Deshalb starten wir 2013 eine **Ausbildungsoffensive**. Wir wollen eine **Personalstrategie** entwickeln, um das Land Berlin als attraktiven Arbeitgeber zu profilieren, den Erfahrungs-Übertrag zu gewährleisten, mehr Frauen in Führungspositionen zu etablieren und mehr interkulturelle Kompetenz in die Verwaltung zu holen.
- Um eine bürgernahe und handlungsfähige Staatlichkeit zu erhalten, fordern wir eine **leistungsgerechte** und sozial ausgewogene **Besteuerung von Einkommen, Erbschaften und Vermögen** und eine verlässliche **Solidarität zwischen reichen und weniger reichen**

Regionen. Wir setzen uns für einen beim Bund angesiedelten **Altschuldenfonds** aller Bundesländer ein. Er fasst die nach Inkrafttreten der Schuldenbremse noch bestehenden über 500 Milliarden Euro Altschulden aller Bundesländer beim Bund zusammen, so dass bei der Finanzierung der Schulden der Zinsvorteil des Bundes genutzt werden kann. Zugleich wird der Solidarzuschlag in einen Zukunftsbeitrag umgewandelt. Mit den entsprechenden Einnahmen werden die Altschulden der Bundesländer bedient. Die Bundesländer werden auf einen verbindlichen Tilgungsplan verpflichtet, so dass ihre Altschulden innerhalb eines Zeitraums von beispielsweise 50 Jahren abgebaut werden können.

III. Gute Bildung von Anfang an

Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung für sozialen Aufstieg. Wir Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass Ausbildung und beruflicher Erfolg nicht länger von Herkunft oder Brieftasche der Eltern abhängig sind. Seit Jahren setzen wir haushaltspolitisch einen Schwerpunkt auf gute Bildung. Wir machen Berlin zu einer Stadt mit hervorragenden Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Universität:

- Bildung fängt bei den Kleinsten an. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten ist der Besuch einer Kita die Basis für einen guten Schul- und Bildungsabschluss. Die SPD hat daher die **Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch** durchgesetzt und die Qualität auch über **bessere Betreuungsquoten** weiter verbessert. Mit einer verbindlichen Sprachstandsfeststellung stellen wir sicher, dass Sprachdefizite rechtzeitig ausgeglichen werden können.
- Mit dem **Kita-Ausbau-Programm** schaffen wir in den nächsten Jahren 19.000 zusätzliche Kita-Plätze. So verbessern wir die Bildungschancen unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hoch umstrittene **Betreuungsgeld** der schwarz-gelben Bundesregierung lehnen wir als rückwärtsgewandte CSU-Politik vehement ab. Es hält vor allem Frauen von der Aufnahme einer Arbeit ab, konterkariert sämtliche Gleichstellungsansätze und erschwert den Bildungszugang für bildungsferne Schichten.
- Nach der dringend notwendig gewesen Schulstrukturreform stellen wir jetzt die **Qualität der Ausbildung** stärker in den Mittelpunkt. Um Stundenausfall zu verhindern und die Qualität des Unterrichts weiter zu verbessern, hat der Senat **zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer** eingestellt und vor allem jungen Lehrkräften eine Perspektive in Berlin geboten.
- Allein 2012 haben wir über das **Schulsanierungsprogramm** 64 Mio. Euro in die Modernisierung unserer Schulen investiert. Wir streben an, dieses Niveau zu halten, um den Sanierungsstau an den Berliner Schulen substanziell zu mindern. Schulen in sozialen Brennpunkten werden dabei besonders gefördert, denn gerade diese Schulen müssen eine stabilisierende Wirkung im Stadtteil entfalten.
- Für viele Kinder und Jugendliche in **Brennpunktschulen** sind Wege zum sozialen Aufstieg immer noch verbaut und das Leben in staatlichen Hilfesystemen vorprogrammiert – und das in einer reichen werdenden Stadt. Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer gerade in Brennpunktschulen haben einen fordernden und auszehrenden Schulalltag. Das erkennen wir an. Die SPD kann und wird diese Schulen nicht alleine lassen. Wir werden 2013 ein Konzept für Brennpunktschulen auf den Weg bringen und finanziell untersetzen. Dabei sollen die betroffenen Schulen selbst entscheiden, wie sie die zur Verfügung gestellten Mittel

einsetzen. Unser Ziel ist, die besten Lehrerinnen und Lehrer an diese Schulen zu holen – dazu werden wir verbindliche Anreize schaffen. Da viele Probleme von zu Hause in diese Schulen mitgebracht werden, wollen wir sicherstellen, dass an Brennpunktschulen eine systematische Elternarbeit stattfindet. Brennpunktschulen werden durchgängig als gebundene Ganztagschulen mit intensiver Schulsozialarbeit organisiert.

- Kaum eine Region in Europa verfügt über eine dichtere Wissenschafts- und Forschungslandschaft als Berlin. Mit der Freien Universität und der Humboldt Universität hat die Hauptstadt zwei **Exzellenz-Universitäten**. Die rund eine Milliarde, die das Land Berlin pro Jahr für Wissenschaft und Forschung ausgibt, ist gut investiertes Geld. Bei den **Verhandlungen der neuen Hochschulverträge** werden wir das hohe universitäre Niveau der Hauptstadt auch für die Zukunft sicherstellen. Forschung und Lehre dürfen dabei allerdings nicht gegeneinander ausgespielt werden. So wollen wir die **Zahl der Studienplätze** zumindest halten. Das Studium junger Menschen ohne Abitur soll dabei ebenso gefördert werden wie die Aufnahme eines MINT-Studiums (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) von Frauen.
- Die hohe Qualität der Universitäten zu halten und gleichzeitig den Investitionsstau der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen abzubauen ist ohne ein stärkeres Engagement des Bundes kaum möglich. Das **Kooperationsverbot** muss daher im Schul- wie im Hochschulbereich aufgehoben werden. Außerdem brauchen wir ein neues **Bundesprogramm zur Hochschulsanierung**.

IV. Mehr Wohlstand dank guter Arbeit

Die anziehende Wirtschaft sorgt für eine Entspannung auf dem Berliner Arbeitsmarkt. So haben wir bereits Vieles erreicht. Der Anteil der Berlinerinnen und Berliner ohne Arbeit ist in den letzten Jahren von fast 20 auf unter 12 Prozent kontinuierlich zurückgegangen. Außerdem sind allein innerhalb eines Jahres rund 35.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch die Lohnentwicklung zeigt deutlich nach oben. Dennoch weist Berlin eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Bundesländer auf, dennoch sind zu viele Berlinerinnen und Berliner auf Sozialtransfers angewiesen. Insbesondere die Langzeitarbeitslosen profitieren zu wenig vom konjunkturellen Aufschwung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen aber, dass alle eine faire Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt erhalten und ihr Leben wieder aus eigener Kraft bestreiten können:

- Berliner Betriebe sind auf gute Fachkräfte angewiesen, so dass sich am Arbeitsmarkt neue Chancen ergeben. Wichtig ist es nun, alles dafür zu tun, Nachfrage und Angebot über bessere Qualifizierungsangebote in Einklang zu bringen. In enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, mit Wirtschaft und Gewerkschaften hat der Senat mit „**BerlinArbeit**“ ein Programm entwickelt, das vor allem auf passgenaue Qualifizierung langzeitarbeitsloser Berlinerinnen und Berliner setzt und damit noch mehr Menschen in Beschäftigung bringen soll. Wir werden auch in Zukunft alle Arbeitsfördermaßnahmen genau auf ihren Nutzen für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt prüfen, sie weiterentwickeln und – falls sie nicht ausreichend wirksam sind – schnellstmöglich Anpassungen vornehmen.

- Insbesondere werden wir bei der **Jugendarbeitslosigkeit** ansetzen. Unser Ziel ist, durch eine bessere Akquisition von Lehrstellen und eine passgenaue Vermittlung der JobCenter dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen ein Angebot auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Nichtausbildungsfähige Jugendliche sollen bedarfsgerecht qualifiziert werden. So soll jeder Jugendliche eine faire Chance für seinen persönlichen Aufstieg erhalten. Mit Berufseinstiegsbegleitern möchten wir Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben erleichtern. Hierbei sind insbesondere die Berliner Betriebe gefragt, die noch zu oft zu wenig Ausbildungsplätze anbieten. Modellcharakter hat der Bezirk Marzahn-Hellersdorf, der dieses Ziel bis 2016 erreichen will. Bei erfolgreicher Entwicklung wollen wir diesen Modellansatz auf ganz Berlin übertragen.
- Außerdem muss es jungen Menschen mit internationalem Background erleichtert werden, in Berlin einen zügigen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Dazu gehört auch die **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen**. Dafür wird sich die Berliner Sozialdemokratie auf Bundesebene stark machen.
- Arbeit muss sich lohnen. Es darf nicht sein, dass ein Vollzeitbeschäftigter sein Leben nicht von seinem Lohn bestreiten kann. Die Berliner Sozialdemokratie setzt sich daher nachdrücklich für die Einführung eines flächendeckenden **Mindestlohns** ein, der derzeit bei mindestens 8,50 Euro liegt und dessen regelmäßige Anpassung von einer unabhängigen Kommission festgelegt wird. Die Politik der kleinen Schritte der Bundesregierung, branchenabhängige Mindestlöhne festzulegen, ist dagegen absolut inkonsequent. Nur ein geringer Teil der Beschäftigten profitiert von den Lohnuntergrenzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gespannt, wann die Bundeskanzlerin endlich dem jahrelangen Druck von SPD und Gewerkschaften nachgeben wird. Öffentliche Unternehmen und Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollen hier wie bei anderen Arbeitnehmerrechten mit gutem Beispiel vorangehen. Bis zur Geltung eines allgemeinen flächendeckenden Mindestlohns werden wir im Land Berlin durch eine gesetzliche Nachjustierung etwaige Lücken bei der Geltung des Mindestlohns schließen. Der Mindestlohn ist im Einflussbereich des Landes Berlin für uns eine Regel ohne Ausnahme.
- Gute Arbeit mit gutem Lohn trägt dazu bei, einer drohenden Altersarmut vorzubeugen. Es kann nicht sein, dass ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin 35, 40 oder gar 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat und bei Renteneintritt über weniger als den Hartz-IV-Satz verfügt. Dies ist einer Wohlstandsgesellschaft unwürdig. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die **Rente armutsfest** gemacht wird. Die gesetzliche Rente soll den Menschen nach einem langen Erwerbsleben einen **angemessenen Lebensstandard** sichern. In den vergangenen Jahren sind die Renten in Berlin bereits trotz steigender Preise gesunken. Deshalb werden wir ein weiteres Absinken des derzeitigen Rentenniveaus verhindern. Außerdem fordern wir eine **Angleichung des Rentenniveaus in Ost und West** bis 2020.

Berlin, den 17.01.2013